



Evangelisches Büro NRW | Hubertusstraße 3 | 40219 Düsseldorf

Herrn Dr. Markus Optendrenk, MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 101143
40002 Düsseldorf

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei
Landtag und Landesregierung von
Nordrhein-Westfalen

Kirchenrat Rüdiger Schuch

Evangelisches Büro NRW
Hubertusstraße 3
40219 Düsseldorf

Fon 0211.1363630
ruediger.schuch@nrw-evangelisch.de

17. September 2020

Stellungnahme der drei evangelischen Landeskirchen Demokratie stärken – Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als strukturelle Herausforderungen wahrnehmen und adäquat entgegen

Sehr geehrter Herr Dr. Optendrenk,

für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken wir uns.

Die Evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen gestalten ihr kirchliches und gesellschaftliches Leben und Wirken auf der Grundlage des christlich-jüdischen Menschenbildes. Jeder Mensch ist als Geschöpf Gottes gewollt, geliebt und in seiner Würde unantastbar. Daher ist die Kirche bleibend dazu aufgerufen, sich mit Wort und Tat für ein respektvolles Miteinander von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen, Religionen und Überzeugungen einzusetzen.

Das Evangelische Büro befürwortet und unterstützt als Vertretung der drei Evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen mit Nachdruck ein entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf allen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebenen. Das Augenmerk sollte dabei sowohl auf die konkrete Gefährdungslage durch rechtsterroristische Aktivitäten, als auch auf die in allen gesellschaftlichen Milieus verbreiteten menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Einstellungen gelegt werden. Darüber hinaus erscheint es unabdingbar, die diesen Phänomenen zugrundeliegenden sozio-ökonomischen Strukturen zum Gegenstand der Analysen und eines strategischen Vorgehens gegen rechte Haltungen und Handlungen zu machen.

Die Anschläge von Halle, Hanau und Kassel stehen in einer langen Tradition rechtsterroristischer Anschläge in der Bundesrepublik. Diese Taten haben nochmals eindringlich veranschaulicht, wie konkret sich die Bedrohung durch rechtsextreme Gewalttäter darstellt. In besonderer Weise gilt dies für Menschen, die aufgrund ihrer Religion, Haltung, ihrer Hautfarbe oder anderer Merkmale das primäre Ziel rechtsextremer Hetze und Gewalt darstellen. Neben konsequenter Solidarität und der Stärkung von Rassismus und Antisemitismus betroffener Menschen

erscheint hier eine klare Fokussierung aller zuständigen sicherheitsbehördlichen Akteure auf rechtsextreme Aktivitäten (nicht zuletzt auch in virtuellen Räumen) unerlässlich.

Zur Erklärung rechtsextrem motivierter Attentate und zugleich als Ansatz präventiven Agierens wird auch eine „Online-Radikalisierung“ vermeintlicher „einsamer Wölfe“ benannt. Umfangreiche Aktivitäten in Gaming Foren und Dark Social Netzwerken sind für viele der Täter der jüngeren Vergangenheit nachweisbar. Radikalisierung vollzieht sich insofern auch im Internet nicht als individueller Akt, sondern in Sozialräumen mit geteilten Wert- bzw. Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Neben individuellen psychischen Problemlagen sind es die dort virulenten antisemitischen Verschwörungskonstrukte, Rassismus und Frauenfeindlichkeit, die die Täter motivieren, eigene Größen- und Gewaltphantasien umzusetzen. Als Brandsatz fungieren hierbei die unablässige Abwertungsrhetorik und apokalyptische Bilder neurechter Akteur*innen, die in letzter Konsequenz auch Gewalt als Notwehr bzw. legitimes Mittel einer Selbstverteidigung erscheinen lassen. Das antisemitisch konnotierte Narrativ eines von „den Eliten“ geplanten Bevölkerungsaustauschs bildet weiterhin das Kernelement rechtsextremer Agitation. Affirmativ wirken zudem die Filterblaseneffekte sozialer Medien.

Wirksame präventive Strategien machen es erforderlich, Rechtsextremismus nicht mit einer einseitigen Fokussierung auf seine gewalttätigen oder radikalen Manifestationen zu bekämpfen, sondern dessen konstitutive Bestandteile, d.h. den zugrundeliegenden Autoritarismus und Vorstellungen fundamentaler Ungleichwertigkeit, als persistente gesamtgesellschaftliche Probleme anzuerkennen und sich diesen entsprechend entgegenzustellen. Sowohl die Bielefelder¹ als auch die Leipziger² Studien belegen, in welchem hohen Ausmaß und mit welcher Kontinuität rassistische, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen, ohne als extrem wahrgenommen zu werden, in der Gesellschaft verankert sind.

Für die Evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen ist es absolut inakzeptabel, dass christliche Werte und Traditionen mitunter benutzt werden, Menschen anderer religiöser Überzeugungen zu diffamieren und auszugrenzen. Zudem werden wir weiterhin selbstkritisch und aufmerksam jede Form von christlichem Antijudaismus und Antisemitismus problematisieren und ihr entgegenwirken. Kirchliche Bildungsarbeit wird dies immer im Blick behalten.

Demokratiefördernder Bildungsarbeit, wie sie auch von den Evangelischen Kirchen umfangreich - landesweit und in verschiedenen Zusammenhängen - praktiziert und finanziell getragen wird, kommt nicht zuletzt die wichtige Aufgabe zu, über diese Dimensionen des Rechtsextremismus aufzuklären. Durch Sensibilisierung für eigene abwertende und ausgrenzende Vorurteile sowie durch eine Fundierung demokratischer Haltungen kann zudem der Anschlussfähigkeit rechter Ideologiefragmente entgegengewirkt werden. Die Evangelischen Kirchen sind hier insbesondere durch die *Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung*, die Bildungsarbeit im Rahmen der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus*

¹ Andreas Zick, Beate Küpper, Wilhelm Berghan: *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände*. Hrsg. v. Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Dietz, Bonn 2019.

² Oliver Decker, Elmar Brähler: *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Psychosozial-Verlag, Gießen 2018.

betreibt sowie in Form weiterer, durch das BMFSFJ geförderter Projekte aktiv.

In Nordrhein-Westfalen bilden Rechtsextremismus und Demokratieförderung einen Schwerpunkt der politischen Jugendbildung am Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW). Angeboten wird beispielsweise die modulare Fortbildung *Trainer*in für Demokratie und Vielfalt*, mittels der junge Menschen befähigt werden, sich in ihren Bezugsgruppen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, für ein von demokratischen Werten geprägtes Miteinander einzusetzen. Aufklärung über Strategien und Inhalte neurechter Agitation sowie über diesbezügliche Handlungsoptionen leistet die Evangelische Akademie Villigst in Form von Präsentationen und sog. Haltungstrainings.

Das Amt für Jugendarbeit der EKvW ist Träger der *Gewaltakademie Villigst*, an der eines der fünf Teams der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW* beheimatet ist. Seit vielen Jahren werden hier Fachkräfte als *Deeskalationstrainer*in Gewalt und Rassismus* weitergebildet. In vielen Gemeinden wird zudem das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus, für Demokratie von kirchlichen Akteur*innen initiiert oder getragen. Hier ist zuvorderst, aber nur dennoch nur exemplarisch, der Kirchenkreis Dortmund anzuführen.

So unerlässlich eine kontinuierliche Finanzierung und der Ausbau demokratiefördernder Programme sind, die in ihrer Reichweite begrenzte politische Bildungsarbeit und noch mehr das obligatorisch geforderte und fraglos notwendige „konsequente Durchgreifen des Rechtsstaates“, können Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit in der Regel kaum mehr als symptomatisch bearbeiten. Eine nachhaltige, weil grundsätzliche Bekämpfung des Rechtsextremismus muss nicht nur dessen unterschiedliche Ausprägungen auf der Einstellungs- und Handlungsebene, sondern die strukturellen Bedingungen, d.h. den Nähr- und Resonanzboden autoritärer, kulturrassistischer und antisemitischer Agitation in den Blick nehmen und entsprechend entgegenwirken.

In einer gemeinsamen Analyse zum aktuellen Zustand der Demokratie thematisieren die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die weitreichenden Auswirkungen von Globalisierungs- und Digitalisierungsprozessen respektive die daraus resultierende Verunsicherung vieler Menschen.³ Zukunftssorgen infolge der mit diesen Prozessen einhergehenden Veränderungen der Arbeitswelt sowie ein sinkendes Vertrauen in die ordnende Kraft demokratischer Institutionen sind nur zwei der hier genannten gravierenden Folgen. Als weitere besorgniserregende Entwicklungen und als mitunter ursächlich für Ressentiments und Abwertungshaltungen werden wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Exklusionsentwicklungen konstatiert. Insbesondere in der sozio-ökonomischen Teilhabe als Basis politischer Partizipation verorten die Autor*innen eine tragende Säule der Akzeptanz der pluralistischen Demokratie. Wenn sich Menschen jedoch im Gefühl der Deprivation enttäuscht von demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen abwenden, bedeutet dies eine Erosion unseres Gesellschaftsmodells. In diesem Zusammenhang erkennt das Papier zudem

³ Vgl. Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der EKD, Bonn und Hannover 2019 (Gemeinsame Texte 26).

eine ernstzunehmende Repräsentationslücke marginalisierter oder sich selbst als marginalisiert wahrnehmender Bevölkerungsgruppen.⁴

Entsprechend den hier festgestellten Entwicklungen bilden unter anderem die Felder des Ökonomischen und Sozialen wichtige Ansatzpunkte für ein wirkungsvolles Gegensteuern gegen Rechtsextremismus, Partikularismus, Ungleichwertigkeitsdenken und Autoritarismus.

Die Evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen glauben an die versöhnende und befreiende Botschaft der Liebe Gottes, die in Christus offenbart ist und allen Menschen gilt.

In der Nachfolge Jesu rufen wir dazu auf, jeden Menschen in seiner Würde zu achten und ein menschenfreundliches, menschwürdiges Miteinander zu gestalten.

Daher treten wir entschieden ein für Vielfalt, Toleranz und die Achtung von Minderheiten und somit für ein kompromissloses Vorgehen gegen jede Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus.

Mit freundlichen Grüßen



⁴ Zahlreiche Arbeiten haben jedoch darauf hingewiesen, dass menschen- und demokratiefeindliche bzw. autoritäre Haltungen keinesfalls vorrangig ein Problem desintegrierter oder deprivierter Personengruppen darstellen. Als ausschlaggebend müsse vielmehr eine Globalisierungs- und Modernisierungsskepsis bzw. die Befürchtung, durch die damit verbundenen Veränderungen Privilegien einzubüßen, angesehen werden. (siehe u.a. Hochschild, A.: Fremd in ihrem Land, 2016; Koppetsch, C.: Die Gesellschaft des Zorns, 2019).